

Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerelaborer, Sitz Berlin
 Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse) Sitz Hamburg

Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 1,50 M. | **Schriftleitung:** Berlin S42, Luisenufer 1. Tel. Mpl. 3725 | **Erscheint alle 14 Tage Sonnabends**
 vierteljährlich durch Streifband 1,80 M. | **Postscheckkonto:** Berlin 10301, Albert Lehmann

Gärtnerische Preispolitik und Löhne.

Es gibt eine Menge boshafter Menschen, die noch immer behaupten, unsere Unternehmer hätten weder in der Kriegs- noch Nachkriegszeit etwas gelernt. Wir wollen das heute nicht näher prüfen, aber in einem Punkte müssen wir von vornherein widersprechen: das ist die Preispolitik der Herren Gartenbauern.

Auf diesem Gebiete sind sie zweifellos sehr gelehrige Schüler der Agrarier gewesen, die allerdings heute wieder mit Friedenspreisen vorlieb nehmen müssen, während unsere Unternehmer sich den Ausspruch eines ihrer Berliner Kollegen, „man müsse nur den Mut haben, hohe Preise zu fordern“, zum Wahlspruch erkoren haben. Diese Erscheinung lenkte natürlich sehr bald auch die Aufmerksamkeit der Wucherbehörden usw. auf sich und es kam zu zahlreichen Bestrafungen. Noch größer war aber die Zahl der Freisprüche, weil unsere Arbeitgeber es verstanden, Sachverständige aus ihren Reihen in die Preisprüfungsstellen und dergleichen zu entsenden, deren Aufgabe natürlich darin bestand, die Preisfestsetzungen als durchaus angemessen, vielleicht noch als zu niedrig, zu bezeichnen.

Wir sind weit davon entfernt, behaupten zu wollen, daß alle unsere Produkte zu Wucherpreisen verkauft werden und wissen auch, daß vielfach Preistreiberien nur auf Händler zurückzuführen sind. Aber ebenso fest steht für uns, daß den Herren Gärtnerbesitzern der Appetit beim Essen gekommen ist. Ihre jetzige Preisbemessung nimmt immer mehr Kartellcharakter an, weil erstens ihre Organisation umfangreicher und gefestigter geworden ist und zweitens sind verschiedene Artikel so knapp, daß dafür jeder geforderte Preis gezahlt wird.

Nun könnte es uns ja eigentlich nur recht sein, wenn unsere Unternehmer gut verdienen, denn vor Jahren erklärten sie angesichts neuer Lohnforderungen stets: Erst müssen wir richtige Preise haben, dann werden wir auch gute Löhne zahlen. Nur naive Gemüter haben damals solche Äußerungen ernst genommen, die rauhe Wirklichkeit hat uns recht gegeben, denn bis zum heutigen Tage stöhnen und jammern diese Leutchen bei Lohnverhandlungen, daß sie am Ende ihres Lateins wären. Schon 1919 behaupteten große Firmen vor dem Schlichtungsausschuß, die „hohen“ Löhne nicht mehr tragen zu können. Sie müßten den Laden zumachen, wären aber bereit, uns vorher noch ihre Bücher zu zeigen. Nichts von alledem ist eingetroffen, vor allem haben wir nie die Bücher zu sehen bekommen. Im Gegenteil ist festzustellen, daß vielfach noch Erweiterungen an Baulichkeiten und leitendem Personal vorgenommen, Autos angeschafft wurden und dergleichen mehr. Man denke nur an die gärtnerischen Aktiengesellschaften. Wenn da und dort einige Betriebe zusammenbrachen, so wurde das selbst von führenden Personen der Unternehmerorganisation als Gesundheitsprozeß betrachtet, denn solche Bruchkräutereien ohne einen Pfennig Betriebskapital haben in der gegenwärtigen schweren Zeit keine Existenzberechtigung mehr.

Heute gilt es, unsere Volkswirtschaft zu rationalisieren und von dem in den letzten Jahren angehäuften Ballast zu befreien. Abbau der überflüssigen Unternehmungen, Ausbau der wirklich leistungsfähigen Betriebe, das müßte das Leitmotiv werden.

Einzelne dieser Gesichtspunkte haben wir schon wiederholt beleuchtet, so z. B. in Nr. 11 der A. D. G.-Z., als wir auf entsprechende Feststellungen der „Bindekunst“ hinwiesen, die darin gipfelten, daß die gärtnerischen Preise immer noch eine 5,46 fache Steigerung aufwiesen, während die Herstellungskosten nur auf das 1,0 bis 1,4 fache gestiegen seien. Wenn wir heute nochmals darauf zurückkommen, so nur deswegen, weil solche Kalkulationen einen Rückgang des Verbrauchs und eine Schädigung der Volkswirtschaft bedeuten, die nicht oft genug angeprangert werden kann.

Soll vielleicht das Wettrennen um das täglich steigende Existenzminimum von neuem beginnen, wenn abermals eine Inflation und zwar von der Waren-Preissseite her droht? Nein, und abermals nein! **Abbau der Preise und der Gewinne, schärfste Kalkulation aller Faktoren, das muß die Aufgabe der nächsten Wochen sein!** Nur so kann die Spekulation unterbunden und die Produktion wieder gesteigert werden.

Ist ein solcher Abbau nun auch in der Gärtnererei nötig und möglich?

In der letzten Zeit häufen sich die Mitteilungen aus allen Orten, daß die Unternehmer in Verfolg der Ruppflin'schen Denkschrift zuerst mal eine Erhöhung der Friedenspreise um 100 % vornehmen, und dann noch zeitgemäße Aufschläge fordern. Damit ist gleich zweierlei erreicht: Man hat „angemessene“ Preise und kommt die Wucherpolizei, so zeigt man ihr an Hand der frisiereten Friedenspreise, daß die heutigen angeblich so hohen Preise ganz „bescheiden“ sind.

Etwas derartiges kann und darf es nicht geben! Was würden wohl die Erfinder dieser Methode sagen, wenn wir ihnen ebenso bestimmt erklärten: Zuerst 100 % auf die Friedenslöhne, dann noch Konjunkturaufschläge!

Dazu wären wir ohne weiteres berechtigt, denn zu niedrige Friedenspreise waren ja nur eine Folge zu niedriger Löhne, die wiederum in mangelhafter gewerkschaftlicher Organisation der damaligen Kollegenschaft ihre tiefere Ursache hatten. Wäre damals schon der Tarifgedanke so verbreitet gewesen wie heute, dann hätte man auch den Schleuderritzen ihr Handwerk legen können. Nun aber gleich 100 % auf die damaligen Preise aufzuschlagen, erscheint absurd, denn in den Jahren 1913—1914 hatte der Gedanke der Mindestpreise schon so unter den Handelsgärtnern Fuß gefaßt, daß die Schleuderei immer seltener wurde.

Heute ist doch die erste Voraussetzung für vermehrten Absatz, gerade unserer Erzeugnisse, gesteigerte Kaufkraft. Also entweder mehr Lohn oder billigere Preise. Es ist eine sehr bequeme Ausrede, von höheren Löhnen eine neue Inflation zu prophezeien, denn im Frieden gab es auch Zulagen, ohne daß die Währung litt. Über dieses Kapitel werden wir uns demnächst in einer besonderen Abhandlung äußern. Deshalb sei hier im Rahmen der Preispolitik das Schwergewicht auf Abbau der Preise gelegt.

Es ist natürlich unmöglich, die Preise der einzelnen Artikel aus einzelnen Städten in der Vorkriegszeit und Gegenwart hier abzdrukken, weil das den Raum einer ganzen Zeitung überschreiten würde. Deswegen beschränken wir uns darauf, für die Friedenspreise der wichtigsten Artikel Aufzeichnungen aus dem „Handelsblatt für den deutschen Gartenbau“ der Jahre 1913—1914 zu benutzen, die einen Extrakt der damals in etwa 40—50 Gruppen des Verbandes der Handelsgärtner aufgestellten Mindestpreise darstellen. Anschließend werden wir die heutigen Preise, ebenfalls im Durchschnitt der verschiedenen Städte, zeigen, um ein einigermaßen brauchbares Bild in gedrängter Form zu geben.

Friedenspreise	Pflanzenarten	heutige Preise
je Hundert		je Hundert
0,60—0,75 M.	Blumenkohlpflanzen	2,00—4,00 M.
0,50—1,00 „	Andere Kohlpflanzen, Sellerie	1,50—3,00 „
0,50—1,00 „	Kohlrabi, Salat u. dgl.	1,20—2,50 „
10,00—20,00 „	Tomatenpflanzen in Ballen	25,00—40,00 „
15,00— „	Gurken u. Kürbisse	25,00—40,00 „
2,00—3,00 „	Erdbeerpflanzen	6,00 „
0,80—1,00 „	Sommerblumenpflanz., bess.	4,00 „
0,60—0,80 „	„ gewöhnliche	3,00 „
8,00—10,00 „	Begonia semperfl.	20,00 „
4,00—5,00 „	Chabaudnelken	7,00 „
4,00—5,00 „	Stiefmütterchen	10,00—20,00 „
4,00—5,00 „	Bellis	15,00 „
10,00—20,00 „	Goldlack	30,00 „
je Stück		je Stück
0,30—0,50 „	Dahlien-Knohlen	0,50—1,00 „
0,30—0,40 „	Fuchsien, Margeriten, Knohlen-Begonien	0,60—1,20 „
0,30—0,50 „	Pelargonium zonale und peltatum	1,00—2,50 „
0,70 „	Pelargonien, dtsh. Edel	1,50 „
0,15—0,40 „	Petunien	0,75—1,40 „
0,60—0,75 „	Topfrosen	2,50 „
0,35 „	Salvien	0,75 „
0,45—0,75 „	Cyclamen	1,00—3,00 „

Hierzu sei noch bemerkt, daß die angegebenen Preise nur Durchschnittspreise sind und sehr häufig noch überschritten werden. So sind z. B. Ende Mai in München für das Hundert Blumenkohlpflanzen 5,— M., in Berlin für eine Efeupelargonie 6,— M., in Leipzig für Eriken 3,50—15,00 M., Hortensien 0,60—4,00 M., Azaleen 2,00—6,00 M., Rosen 2,00—6,00 M., Farne 1,50—6,50 M., Araucarien sogar 5,00—10,00 M. pro Stück und Schnittrosen 5,00 bis 10,00 M. — hier allerdings pro Dutzend — gefordert und gezahlt worden. Ähnlich liegt es auch mit anderen Sachen. Uns liegt der Briefwechsel eines Schrebergärtners vor, der in Erfurt Dahlien bestellt hatte, die nach dem Katalog 40 Pf. pro Stück kosten sollten. Sie kamen aber mit Verspätung an und kosteten dann nicht 40 Pf., sondern 75 Pf. pro Stück. Infolgedessen wurde die Annahme verweigert, wovon sich später eine Klage ergab. Daß derartige nicht nur Laien passiert, beweist schlagend die Frage 2988 im „Deutschen Erwerbsgartenbau“ Nr. 21 d. J., in der ein Leidtragender fragt, ob er verpflichtet sei, Obstbäume, die er zu 1,00 M., 1,25 M. und 1,50 M. pro Stück bestellt habe, jetzt mit 2,00 M., 2,50 M. und 3,00 M. bezahlen zu müssen.

Außerdem veröffentlicht die „Verbandszeitung Deutscher Blumengeschäftsinhaber“ ein Urteil des Marktgerichtes Berlin-Schöneberg vom 3. März d. J., in dem ein Blumengeschäftsinhaber wegen vorsätzlicher Preistreiberei zu einer Geldstrafe von insgesamt 60 M. verurteilt wird, weil er einfache Geranien zum Preise von 2,50 M. pro Stück verkauft hat. In der Verhandlung hat sich ergeben, daß der Angeklagte schon im Einkauf beim Handelsgärtner zwei Goldmark gezahlt hatte und es heißt im Urteil, daß die schwerste Schuld der Bewucherung zweifellos den Züchter oder Großhändler treffe. Das Gericht sei nicht zur Überzeugung gelangt, daß den Erörterungen der beteiligten Organisationen der nötige ernste Wille zu Grunde gelegen habe, den Preisbildungsmissbrauch abzustellen. Im Gegenteil sei versucht worden, die fragile Ware aus dem Rahmen des täglichen Bedarfs herauszudiskutieren, um sie der Wuchergerichtsbarkeit zu entziehen, sodaß also geradezu der Verdacht des kartellmäßig organisierten Wuchers gegeben sei.

Soweit uns bekannt ist, sollen außer diesem Blumengeschäftsinhaber noch ungefähr zehn andere wegen des gleichen Delikts bestraft worden sein, obgleich auch sie den Nachweis hoher Einkaufspreise erbracht haben.

Ähnliche Preisbemessungen finden wir auch bei Baumschulartikeln, sodaß wir uns veranlaßt sehen, auch hier einige markante Beispiele zu bringen. Es kosteten:

Friedenspreise je Stück	Pflanzenarten	heutige Preise je Stück
1,60 M.	Äpfel-, Birnen-, Kirschen-Hochstämme	2,50 - 3,00 M.
1,60 „	Pflaumenhochstämme	3,50 „
1,50 „	Pflirsich-, Aprikosen-Büsche	2,50 „
2,50 „	Äpfel- u. Birnen-Spaliere	3,50—4,00 „
1,00—1,25 „	Johannisbeer- u. Stachelbeer-Hochstämme	1,50—2,00 „
1,50—1,75 „	Rosenhochstämme	3,00—5,00 „
0,30—0,50 „	Buschrosen	0,60—0,80 „

Hierzu muß noch erwähnt werden, daß auf dem Gebiet der Beerenobststräucher eine ziemlich Überproduktion herrscht, sodaß heute die Preise denen der Vorkriegszeit ungefähr gleichstehen. Trotzdem wird in vielen Fällen versucht, über diese Preise hinauszugehen, obgleich die heutige Ware qualitativ nicht an Friedensware heranreicht. Bei Rosen liegt die Steigerung wohl daran, daß der harte Winter außerordentliche Verluste nicht nur in Privatgärten, sondern auch in den Rosenschulen selbst hervorgerufen hat, sodaß starke Nachfrage einem geringeren Angebot gegenüberstand. Wenn man aber andererseits bedenkt, daß im Jahre 1913 gerade die Frage der Schleuderpreisgrenze für Buschrosen eine heftige Polemik zwischen dem Verband der Handelsgärtner und dem Bund der Baumschulenbesitzer heraufbeschworen hatte, weil vereinzelte Rosenschulenbesitzer das Hundert Buschrosen zu 9 M., im Mittel mit 11 M. anboten, so wird man auch hier erkennen können, daß die Kleinhandelspreise schon in der damaligen Zeit ganz erhebliche Gewinne abgeworfen haben.

Nicht anders ist es auch bei den Gemüsepreisen selbst. Verfolgt man z. B. die Marktberichte im „Sächsischen Gärtnerblatt“, in der „Schlesischen Gärtnerbörse“ usw., dann wird man auch hier erhebliche Steigerungen leicht feststellen können. So meldet Leipzig unter dem 3. Mai z. B. Rapünzchen 1 M. das Pfund, Salat 10—30 Pf. das Stück. Grimma am 6. Mai: Radieschen 25 Pf. pro Bund, Sellerie 60 Pf. pro Pfund. Im übrigen heißt es in allen Berichten, daß alle angebotenen Waren gern gekauft werden oder willig Absatz finden oder daß die geforderten Preise im großen und ganzen willig bezahlt würden. Freiberg meldet sogar, daß die Mindestpreise des Verbandes bereits wieder überholt wären und für einige Erzeugnisse erhöht werden „mußten“. Was das zu bedeuten hat, wird erst dann klar, wenn man z. B. liest, daß in Bautzen der Spargel 1,00—1,80 M. pro Pfund, Treibkohlrahi das Stück 80 Pf., in Leipzig Tomaten mit Topfballen 25—45 Pf. pro Stück gebracht haben.

Ferner wurden z. B. in der Münchener Großmarkthalle am 10. April d. J. erzielt für einen Kopf Salat 60 Pf., am 28. April

30 Pf. und erst am 27. Mai trat eine Senkung auf 12 Pf. ein, ein Betrag, der immer noch um 2—4 Pf. höher ist, als die durchschnittlichen Friedenspreise für diese Ware zu Beginn der Treibsaison. Ferner wurden dort für Kohlrabi am 15. Mai 33 Pf., am 21. Mai sogar 40 Pf. pro Stück erzielt; Preise, die man schon als phantastisch bezeichnen kann.

So könnte man die Reihe lustig weiter fortsetzen, wenn es nicht zu weit führen würde. Deswegen wollen wir nur noch darauf hinweisen, daß z. B. die Firma Münz in Waiblingen das Dutzend Carola-Nelken zu Preisen bis 12 M. verkaufte bei einem täglichen Schnitt von 8000—12000 Stück. In Berlin-Friedrichsfelde sind für Fuchsien 3—4 M. erzielt worden, womit sogar die Preise von Essen a. R. und anderen westdeutschen Städten erheblich übertroffen worden sind. Über Schnittblumenpreise haben wir alles Nötige bereits in Nr. 11 der A. D. G.-Z. gesagt. Hinsichtlich der Sämereien erinnern wir nochmals an die Mähen-schaften gewisser Dunkelmänner gegen die Einfuhr „französischer“ Bohnen, die angeblich hier nicht aufgehen sollten, weil sie nämlich erheblich billiger als deutsche Bohnen waren. Dabei ließen schon vor dem Kriege namhafte deutsche Züchter Bohnen in Frankreich anbauen und das kältere Schweden bezog sein Bohnensaatgut damals zum größten Teil ohne Schaden aus Schweden. Des Humors wegen sei noch bemerkt, daß ein Berliner Händler bei den „minderwertigen“, in Hamburg ausgeladenen französischen Bohnen Drucksachen einer Quedlinburger Firma aus der Saison 1922/23 fand. Erst das Geschäft, dann das Vaterland.

Ebenso kann man bei der Landschaftsgärtnerei feststellen, daß die Aufschläge der Unternehmer im Vergleich zur Vorkriegszeit erheblich höher geworden sind. Nimmt man den Durchschnittslohn eines Landschaftsgärtners in Berlin kurz vor dem Krieg mit 55 Pf. an und vergleicht man damit den vom Auftraggeber geforderten Satz von 75 und 80 Pf. pro Stunde, so wird man feststellen können, daß ein derartiger Aufschlag sich in den Grenzen des Erträglichen bewegte. Heute aber verlangen die meisten Berliner Firmen einfach 100 % Aufschlag auf die Gehilfenlöhne, d. h. also, der Gartenbesitzer muß pro Stunde mindestens 1,50 M. zahlen. Ähnlich in Hannover und Frankfurt a. M., wo 90 bzw. 100 % gefordert werden.

Welche Gewinne sich daraus für Firmen ergeben, welche 200 und noch mehr Leute beschäftigen, kann sich jeder selbst leicht ausrechnen. Dabei wollen wir durchaus anerkennen, daß die heutige Belastung mit Steuern und sonstigen Abgaben höher ist als in der Vorkriegszeit, aber trotzdem noch nicht das Doppelte des Stundenlohnes rechtfertigt. Bei derartigen Forderungen darf man sich natürlich nicht wundern, wenn die Aufträge schwächer einlaufen, vielleicht auch gelegentlich annulliert werden.

Faßt man also das oben Gesagte kurz zusammen, so kommt man zu dem Ergebnis, daß wir es im Durchschnitt heute mit einer 200 %igen Steigerung der Preise, d. h. also einem dreifachen Friedenspreis zu tun haben. Nur wenige Sachen sind nur um das Doppelte gestiegen. Unter solchen Umständen und selbst bei Berücksichtigung der höheren Preise für Düngemittel, Glas, Bretter usw. ergibt sich, daß ein Preisabbau nicht nur nötig, sondern auch möglich ist. Geradezu unverständlich wird aber dieses Gebaren unserer Handelsgärtner überall dort, wo sie neue Tarifvereinbarungen im Hinblick auf ihre angeblich jammervolle Lage ablehnen. In solchen Fällen würden wir im Interesse des gesamten Volkes uns für verpflichtet halten, diese Preisbildung der Tagespresse zur Veröffentlichung zu übergeben.

Die Wissenschaft zur wirtschaftlichen und sozialen Krisis.

Das Wiederauftauchen des absoluten Herrenstandpunktes der Unternehmer in der Wirtschaft, der ohne grollende Sklaven auf der anderen Seite nicht denkbar ist, hat endlich auch die Wissenschaftler, die Sozialpolitiker, auf den Plan gerufen, um den Arbeitgebern das Gewissen zu schärfen. Einige solcher Mahnrufe sind so interessant, daß wir uns auszugswise mit ihnen beschäftigen wollen. Zuerst veröffentlichte Frh. Dr. Wunderlich in der Sozialen Praxis einen Artikel: „Deutschlands soziales Dumping“, der auf der anderen Seite ein lebhaftes Echo hervorrief. Sie führt aus:

„Im Ausland hören die Klagen über das deutsche Dumping nicht auf. Handelte es sich zunächst um ein Unterbieten auf Grund der Inflation, so wird jetzt nach der vorläufigen Stabilisierung der Mark dieselbe Wirkung durch Abbau der sozialpolitischen Errungenschaften ausgelöst. . . . Sind tatsächlich die Befürchtungen des Auslands begründet? Wird Deutschland wirklich noch einmal Aufträge an sich ziehen, weil es mit seinen niedrigeren Erzeugungskosten die Industrien anderer Länder unterbietet? Das deutsche Unternehmertum zielt darauf hin; es fordert Opfer von den Arbeitnehmern, um mit ihrer Hilfe die Stabilisierungskrise zu überwinden. Ihr werden die Opfer in Form von Mehrarbeit und niedriger Entlohnung gebracht,

weil der erschöpfte, in seiner Widerstandskraft geschwächte Arbeitnehmer, der das drohende Gespenst der Arbeitslosigkeit vor sich sieht, Arbeit um jeden Preis verlangt, wie niedrig der Arbeitgeber ihn auch ansetzen mag. Verbilligung des Kostenfaktors Arbeit aber ist das Ziel des ganzen Kampfes gegen die Sozialpolitik, gleichgültig, ob er sich gegen den Achtstundentag oder gegen Tarifvertrag und Schlichtungsordnung richtet. Wir haben alle Veranlassung, die wirtschaftlichen Folgen einer solchen Politik genau zu betrachten.

Jedes Unterbieten bedeutet zunächst einen Konkurrenzvorsprung auf dem Markte. . . . Zu prüfen bleibt, mit welchen Opfern dieser Augenblickserfolg erkauft wird, welche Wirkungen er auf die Dauergestaltung der Wirtschaft ausübt. . . .

Der Zusammenbruch am Schluß der Inflationsperiode hat deutlich bewiesen, daß Kaufkraft und Produktionsmöglichkeit eng verbunden sind, daß ein tiefes Lohnniveau die Industrie abhängig vom Ausland macht, indem es die Kaufkraft des inneren Marktes schwächt. Auch birgt die ausschließliche Förderung der Ausfuhr auf Kosten der Inlandsversorgung große Gefahren, weil die durch den Krieg erschöpften Länder weniger aufnehmen können als vor dem Krieg und eine Überschwemmung mit deutschen Waren durch Antidumpingzölle verhindern werden. Ein großer Teil unserer Industrieprodukte wird Absatz im Inland finden müssen und ihn nur bei einer kaufkräftigen Bevölkerung finden können. Jede erfolgreiche Produktionspolitik hat daher von der Hebung der Konsumfähigkeit der Massen auszugehen. Erst bei einer Mindestgröße des Bedarfs können die technischen Errungenschaften angewendet werden, kann differenzierte Arbeitsleistung sich behaupten.

Ob Deutschlands technischer Apparat heute dem der Industrien anderer Länder gleichwertig ist, muß im Hinblick auf die gewaltige Kapitalzerstörung des Krieges, das Fehlen jeder Konkurrenz seit 10 Jahren bezweifelt werden. Seit 1914 hat die deutsche Industrie die Preise im weiten Rahmen beliebig bestimmen können, hat ihr die Kontrolle des Wettbewerbs mit ihrer Erziehung zu sorgfältiger Arbeit und exakter Kalkulation gefehlt. Große Überschüsse wurden ins Ausland geleitet oder in Sachwerten angelegt, d. h. meist zur Erweiterung des Sachapparates verwendet. Erweiterung ist aber nicht immer Verbesserung, kann vielmehr auch Unverhältnismäßigkeit bedeuten, wenn sie auf Inflationsexport zugeschnitten ist. . . . Mit der Stabilisierung ist nun der Zeitpunkt gekommen, in dem die Industrie ihre Verfahren, ihren Apparat und ihre Organisation erproben könnte, sie lehnt diese Probe ab, indem sie sie durch Lohndruck zu ihren Gunsten verschiebt. . . . Sind die Löhne niedrig, so wird die Einführung von Maschinen unrentabel, während sie im Nachbarlande mit höheren Löhnen vielleicht glänzend rentiert. So hat bisher noch stets die Industrie der Länder mit höheren Löhnen jene mit niedrigeren niederkonkurriert.

Der niedrige Reallohn führt, da er Einengung der Lebenshaltung bedeutet, zu körperlicher Erschöpfung; lange Arbeitszeit nimmt dem Arbeitenden außerdem die für seine Fortbildung erforderliche Zeit und Kraft. Mit dieser Verschlechterung der physiologischen und kulturellen Lebensbedingungen wird die Arbeitsleistung gefährdet. Dazu kommen die psychischen Momente der Verbitterung gegen den Arbeitgeber, der Sorge um die Existenz, die ebenfalls den Arbeitserfolg ungünstig beeinflussen. Wir sprechen mit der Feststellung, daß niedrige Löhne und lange Arbeitszeiten jede Qualitätsleistung untergraben, keine neue Erkenntnisse aus, sondern erinnern nur an Zusammenhänge, die von Brentano, Schuize-Gaevernitz, Oppenheimer, Wilbrandt bewiesen, von der gesamten nationalökonomischen Wissenschaft anerkannt worden sind. Fragt heute die Arbeiterschaft: wo bleibt die Wissenschaft? so kann man nur antworten: sie hat gesprochen, hat nachdrücklich und eindeutig die Zusammenhänge von Lohn und Leistung aufgedeckt. Ihre Stimme wird heute übertönt von den aufdringlichen Forderungen der Eintagsdenker und Interessenten.

Glaubt die Industrie zuerst mit niedrigen Löhnen viel produzieren zu müssen, um dann aus dem Resultat höhere Löhne zahlen zu können, so verkennt sie den Kreislaufcharakter der Wirtschaft, den Zusammenhang von Ursache und Wirkung. Der hohe Lohn ist der produktive Faktor, der zum großen Ergebnis führt; er ist ebenso Voraussetzung des Resultats wie seine Folge. . . . Und solange der Reallohn in Deutschland auf einem Bruchteil der in anderen Ländern gezahlten Löhne steht, wissen wir, daß Steigerungen notwendig sind. . . .

Indem Lohndruck die Kaufkraft der Massen schwächt, die Einführung technischer Neuerungen unrentabel macht, die Leistungsfähigkeit der Arbeitenden herabsetzt, wird der Unternehmer, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben, zur Senkung der Gestehungskosten durch immer neuen Lohndruck gezwungen. Ein verhängnisvoller Zirkel, der die Gesundung der Wirtschaft hindern, den Raubbau verewigen wird. Nach 10 jährigem Raubbau aber steigt drohend die Gefahr hoffnungsloser Erschöpfung unserer physischen Kräfte auf. Darum: Kampf gegen den Abbau der Sozialpolitik."

Auf diese Abhandlung antwortet Dr. B. Rauecker in der gleichen Zeitschrift. Die Wirtschaftskrise sei eine Folge der

„hohen“ Steuerbelastung, hohen Verkehrstarife und hohen Zinssätze. Dann fährt er fort:

„Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die breite Masse der Arbeitgeber die Rentabilität ihrer Unternehmen auf Kosten der Arbeiter und Angestellten durchführen wollen. . . . Wer in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung „wirtschaftet“, hat nur ein Interesse: Mit dem geringsten Aufwand den größten Nutzen zu erzielen, nach rationalen und nicht nach sentimentalen Erwägungen den Leistungseffekt seines Betriebes zu steigern. Noch niemals war in dieser kapitalistischen Wirtschaftsordnung den Arbeitgebern der arbeitende Mensch gemeinhin mehr als ein brauchbares Mittel zum Zweck. Noch nie — außer in den seltenen Fällen patriarchalischen Wohlwollens — ist er ihm Selbstzweck gewesen. . . . Das aber, was heute vor sich geht, . . . ist der Wunsch, auch jene sozialen Gesetze des Staates zu sabotieren, die im Interesse des Schutzes der Schwachen unentbehrlich sind. Der erste Versuch . . . wurde . . . durch das Diktat von Unna gemacht, das eine Verlängerung der Arbeitszeit unter Gesetzesbruch erzwingen wollte. Der zweite Versuch ist die offene Weigerung zahlreicher Arbeitgeber, an der Durchführung der staatlichen Schlichtungsordnung mitzuarbeiten. Ihnen reihen sich Ausschaltungen und erwiesene Umgehungen . . . des Betriebsrätegesetzes an, die einer Rückkehr zu den Methoden des „Herrn im Hause“ nicht unähnlich sind.“

Werbt für das „Gärtnerei-Fachblatt“, es ist ein unentbehrliches Fortbildungsmittel für jeden Weiterstrebenden.

Hierauf bespricht Dr. R. den Aufruf der badischen Universitätslehrer, die Warnungen des Hansabundes, den Kampf der Gewerkschaften gegen die soziale Reaktion und schlussfolgert: Wenn überflüssige Kräfte in den Betrieben sind, so soll man sie wegnehmen, ihnen eine auskömmliche Unterstützung und den im Betrieb Zurückgebliebenen einen angemessenen Lohn usw. gewähren, damit die Mitarbeit an der Produktionssteigerung nicht zur Qual, sondern zur Freude werde! Dazu sei aber auch das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter, die Wirtschaftsdemokratie, nötig, um die Erkenntnis zu wecken, daß jeder verantwortlicher Faktor an dem Neuaufbau unserer Wirtschaft sei. Sollten die Arbeitgeber eine Vertiefung der sozialen Gegensätze wünschen, so müßte sich der Staat kräftig dagegen wehren, wenn er nicht der Leidtragende sein wolle.

Diese Darlegungen zeichnen das Wesen des Kapitalismus, der den Arbeiter nur als gefügige Maschine ansieht, so klar, daß man nur wünschen kann, sie möchten von recht vielen jener Kleinbürger gelesen werden, die geruhsam im Strome des Alltags hinplätschern und nur dann erschrocken auffahren, wenn sie hören, daß das heutige Wirtschaftssystem, das ihnen so schöne Gewinne abwirft, mit so viel Mängeln behaftet ist, daß es hoffentlich in nicht allzuweiter Ferne von einer wirklich rationalen Volkswirtschaft abgelöst wird. Auch in unseren eigenen Reihen gibt es noch Leute genug, die da glauben, die Aufgaben der Gewerkschaften beständen nur in der Erwirkung von Lohnerhöhungen, alles andere sei — nebensächlich.

Im Sinne Dr. R.'s äußert sich noch Prof. Zimmermann in der „Allgemeinen Zeitung“. Das rücksichtslose Vorgehen der Unternehmer erwecke in den Arbeitern das Gefühl, als sollten sie dem Klasseninteresse der Kapitalisten geopfert werden und sie würden angesichts der drückenden Verhältnisse kopfscheu und eine Beute radikaler Agitatoren. Im Gegensatz zu der Lohnrückerei der Unternehmer glaubten die Arbeiter, daß sie bei entsprechender guter Ernährung, Ruhe und entsprechender Entlohnung mehr leisten und damit auch wieder mehr kaufen könnten.

Besonders interessant sind ferner die Schlußbemerkungen Prof. Fönnie's in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“:

„Es darf als sehr wahrscheinlich bezeichnet werden, daß schon recht bald, nicht erst nach Ablauf von zwei Menschenaltern, die gegenwärtige Unternehmerpolitik als ein verhängnisvoller und schwerer Fehler so offenbar sich herausstellen wird, daß man sich wiederum gezwungen sieht, dies eben so offen anzuerkennen, wie heute der geäußerte und so viele andere politische Fehler anerkannt und bereut werden müssen. Rücksichtsloser Gebrauch einer Übermacht mag gegen Feinde zuweilen politisch richtig sein; obschon auch Frankreich schon mehr als einmal ihn hat bereuen müssen. Rücksichtsloser Gebrauch einer Übermacht gegen Volksgenossen ist nicht nur aus sittlichen Gründen in hohem Grade bedenklich, sondern wird auch fast immer als ein schwerer und verhängnisvoller Fehler sich herausstellen.“

Arbeitskämpfe und Tarife

Neuere Tariflöhne.

Berlin. Baumschule Späth. Ab 19. Mai: Gärtner 44 bis 52 Pf., Arbeiter von 18 Jahren an 3—49 Pf., Arbeiterinnen 18—30 Pf.

Dresden. Handelsgärtnerei: Ab 30. Mai ist der Spitzenstundenlohn um 5 Pf. erhöht worden. Die Löhne betragen für Gärtner 32—42 Pf., Arbeiter über 20 Jahren 34—40 Pf., Arbeiterinnen von 17 Jahren an 15—23 Pf. Verheiratete erhalten 5 % Zuschlag zum Gesamtlohn.

Essen. Landschaftsgärtnerei: Ab 24. Mai: Gärtner 52—60 Pf.

Königsberg. Landschaftsgärtnerei: Ab 24. Mai beträgt der Stundenlohn für Gärtner 50—62 Pf., Arbeiter 45—50 Pf., Arbeiterinnen 22—30 Pf.

München. Landschaftsgärtnerei. Ab 1. Juni: Gärtner 40—60 Pf., Arbeiter 33—56 Pf., Arbeiterinnen 33—42 Pf.; Handelsgärtnerei: 13 Pf. je Stunde weniger.

Hannover. Landschaftsgärtnerei: Ab 23. Mai: Gärtner 43—55 Pf., Arbeiter 37—50 Pf., Arbeiterinnen 30 Pf.

Plauen i. V. Landschaftsgärtnerei: Gärtner 45 bis 60 Pf., Arbeiter 42—50 Pf. — Handelsgärtnerei: Gärtner 35—48 Pf., Arbeiter 37—40 Pf.

Berichte

Demaskierung.

Erst in einer der letzten Nummern der A. D. G.-Z. beleuchteten wir das Problem der sogenannten politischen Neutralität und wiesen nach, daß es sowas weder geben kann noch tatsächlich gibt. Heute sind wir nun in der Lage, eine prächtige Illustration zu unseren damaligen Ausführungen zu geben:

Im christlichen Zentralblatt, S. 61, werden nämlich nicht weniger als 35 christliche Gewerkschaftsfunktionäre als gewählte bürgerliche Reichstagskandidaten veröffentlicht, darunter sogar 11 deutschnationale und 2 völkische, aber — keine Demokraten!!

Unter den deutschnationalen Abgeordneten befindet sich auch der frühere Vorsitzende und Redakteur der Gärtnersektion des christlichen Landarbeiterverbandes, Herr **Gustav Hülsler**, seit mehreren Jahren junger Mann des ebenfalls deutschnationalen Vorsitzenden dieses Verbandes, des Herrn **Franz Behrens**.

Es ist noch nicht sehr lange her, da versicherte Herr **Hülsler** auf einer Privatgärtnerntagung in Charlottenburg, er gehöre gar keiner Partei an, sondern halte sich ganz „neutral“. Heute ist er auf den Krücken der schlimmsten Arbeitergegner in den Reichstag gehumpelt, nachdem er sich seine Sporen durch ultranationalistische Wahlreden in Schlesien und durch sonstiges Wohlverhalten gegenüber Herrn **von Richthofen** verdient hat. Wir beneiden weder Herrn **Hülsler** noch seinen Landarbeiterverband und dessen Gärtnersektion um solche Neutralität!

Gespannt sind wir aber, wie Herr **Hülsler** als Arbeitervertreter die sofort auftauchenden Gegensätze dem Großadmiral **Tirpitz** und dessen Freunden gegenüber aufsuchen wird.

Noch interessanter ist dann die Tatsache, daß es in den Reihen der christlichen Reichstagsabgeordneten, die doch den Klassenkampf ablehnen, **Rassenkämpfer**, nämlich **Völkische**, gibt, die also wohl damit einverstanden sein müssen, alle Juden totzuschlagen, obgleich das fünfte Gebot den Mord verbietet.

Wo bleibt ferner die echt christliche Volksgemeinschaft und das „Friede auf Erden“, wenn solche Leute, die zum Revanchekrieg blasen, das Abkillen von Ministern u. dgl. verherrlichen und in übelsten Verschwörerbünden das deutsche Staatswesen zu unterminieren versuchen, in den Reichstag gewählt werden? Man könnte noch zahlreiche solcher Widersprüche aufdecken, aber wir wollen uns nur auf einen beschränken. Die den christlichen Gewerkschaften sehr nahe stehende Zentrumsparthei gehört zu denen, die richtig erkannt haben, daß uns aus der gegenwärtigen Lage nicht ein neues Massenmorden oder schnoddrige Redensarten einiger Stahlhelmsjünglinge, sondern nur Verhandlungen mit den Siegern des Weltkrieges über die Erfüllung des Friedensvertrages retten können. Demgegenüber schreibt das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften in der Nummer vom 19. Mai d. J. u. a. folgendes: „Wer allerdings Erfüllungspolitik wolle — wie die Sozialdemokratie — müsse konsequenterweise auch eine Mehr- und Längerarbeit wollen.“ Wir fragen hierauf nur: Wollen denn die christlichen Gewerkschaften keine Erfüllung, d. h. wünschen sie trotz ihrer Friedensbetonungen einen neuen Krieg, neues unsägliches Elend, dann sollten sie doch gleich mit den Völkischen ein Bündnis abschließen. Zweitens: Wenn die Christen Gegner der Erfüllungspolitik sind, warum haben sie denn schon so oft Verlängerungen der Arbeitszeit zugestimmt? Hoffen wir deshalb, daß es den 83 freigewerkschaftlichen Reichstagsabgeordneten der **VSP.** gelingt, weiteres Unheil zu verhüten.

Ergebnis der Gärtnerlehrlingsprüfung in Brandenburg.

Nach einem Bericht des Gartenbauausschusses wurden 266 Lehrlinge geprüft. Davon bestanden mit sehr gut 8 (3%), mit gut 62 (23,3%), mit genügend 142 (53,4%), während 54 (20,3%) nicht bestanden. An 29 Orten fanden 53 Prüfungen statt. Das Prüfungsverfahren nach dem neuen Schlüssel hat sich vollumfänglich bewährt, weil es mehr die praktischen Arbeiten und Kenntnisse berücksichtigt. Bedauerlich ist der hohe Prozentsatz der durchgefallenen Lehrlinge. „Noch bedauerlicher ist dabei,“ so heißt es in dem Bericht wörtlich, „daß die Schuld hieran zum

überwiegenden Teil bei den Lehrherren liegt, welche vielfach die Lehrlinge nur zu den grössten Arbeiten heranzogen.“ Trotzdem soll darauf keine Rücksicht mehr genommen werden, sondern nur gut ausgebildete Lehrlinge haben Aussicht auf das Prüfungszeugnis als Gehilfe. Bemerkenswert sei noch, daß das Tagebuch für Gärtnerlehrlinge in erheblich verbesserter Form neuherausgegeben ist und zum Preis von 60 Pf. vom Gärtnerausschuß der Landwirtschaftskammer, Berlin, Kronprinzenufer 4—6, bezogen werden kann. Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß ein solches Tagebuch geführt werden muß, weil sonst unter Umständen der Lehrling von der Prüfung zurückgewiesen werden kann.

Jubiläumsgartenbauausstellung Dresden 1926.

Die sächsische Gartenbaugesellschaft „Flora“ blickt im Jahre 1926 auf ihr hundertjähriges Bestehen zurück und will aus diesem Anlaß eine Jubiläumsgartenbauausstellung großen Stils in Dresden veranstalten. Da das Finanzministerium auch einen Teil des „Großen Gartens“ zur Verfügung gestellt hat, ist die Raumfrage in glücklicher Weise gelöst. Es sollen Dauerausstellungen vom Frühjahr bis zum Herbst, verbunden mit einer Reihe von Sonderausstellungen, stattfinden. Vorsitzender des vorbereitenden Ausschusses ist **Ökonomierat Simgen**, Dresden-Strehlen.

Rundschau

Die Riesenkämpfe

der ausgesperrten deutschen Bergarbeiter und Werftarbeiter sind vor kurzem zu Ende gegangen. Wenn auch nicht alle ihre Wünsche erfüllt wurden, so haben sie doch erhebliche Verbesserungen erreicht und vor allem ist es ihnen gelungen, die brutalen Knechtungsversuche der Unternehmer zurückzuweisen. Dazu beglückwünschen wir diese Kollegen aus vollem Herzen.

Einen Volksentscheid über den Achttundentag

bereitet der Vorstand der **AIDGB.** vor. Eine besondere Kommission wird in den nächsten Wochen den der Abstimmung zugrunde zu legenden Gesetzentwurf formulieren.

Die 6. Internationale Arbeitskonferenz

tritt in diesem Monat in Genf zusammen. Auf der Tagesordnung steht: 1. Die Nutzung der Freizeit der Arbeiter. 2. Die Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Arbeiter bei Entschädigung von Arbeitsunfällen. 3. Die 24stündige wöchentliche Ruhezeit in Glasfabriken mit Wannöfen. 4. Die Nachtarbeit in Bäckereien.

Der Ruck nach links im Ausland.

Nachdem erst vor einigen Monaten im traditionellen Zweiparteienland England eine dritte Partei, nämlich die Arbeiterpartei einen entscheidenden Wahlsieg errungen hat, der zur Übernahme der Regierung durch sie führte, hat nunmehr auch in Frankreich der übernationale Block **Poincarés** abgewirtschaftet. Die Sozialisten und anderen Linksparteien haben die absolute Mehrheit bei den Wahlen am 11. Mai gewonnen, und es wäre nun sehr leicht möglich, eine Verständigung mit diesen zu erzielen, wenn — nicht in Deutschland das unpolitischste aller Völker gerade im entscheidenden Augenblick seinen schlimmsten Gegnern bei der Wahl in den Sattel geholfen hätte. Mit der Ablehnung oder Annahme des internationalen Sachverständigengutachtens steht oder fällt nämlich unsere Währung und Wirtschaft. Man sieht daraus, daß sich die Nationalisten aller Länder in die Hände arbeiten. Ohne sie wäre die Verständigung der Völker schon weiter, denn auch in Dänemark ist jetzt eine sozialistische Regierung am Ruder. Sollte nun unser jetziger Reichstag nicht arbeitsfähig werden, plant die sozialdemokratische Partei einen Volksentscheid über die Annahme des Gutachtens, als der Schicksalsfrage Deutschlands.

Sterbetafel

Am 28. Mai schied der Kollege **A. Bollmann**, Hannover im Alter von 69 Jahren freiwillig aus dem Leben. Ehre seinem Andenken!

Festlichkeiten

Zu unserem am 28. Juni im Hotel **Streits Berg** stattfindenden Blumenfest laden wir alle Kollegen von nah und fern ein.
Ortsverwaltung **Plauen i. V.**

Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse)

Hamburg 21

Die diesjährige Generalversammlung findet am 29. August d. J., abends 7 Uhr, in **Hamburg** in den Geschäftsräumen der Gärtner-Krankenkasse, Winterhuderweg 90 I, statt. Tagesordnung entsprechend den Bestimmungen des § 44 der Satzung.

Der Hauptvorstand der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse)

Hamburg 21

K. Busse

V. Gustedt